



Foto: Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Direktion Landesarchäologie, Dr. Jean-Dolata

GESCHICHTE UND GESCHICHTEN

Von Römern, dem Hambacher Fest
und was sonst noch geschah



Rheinland-Pfalz ist ein junges Land mit einer uralten Geschichte: Schon in vorgeschichtlicher Zeit siedelten Menschen an Rhein und Mosel. Und wenn auch hier nicht der Platz ist, jede Geschichte zu erzählen – die der **Römer** und ihrer **Herrschaft am Rhein** kann unmöglich unerwähnt bleiben. Denn als Gaius Julius Cäsar zwischen 58 und 51 v. Chr. Gallien eroberte, unterwarf er nach langen und harten Kämpfen auch die linksrheinischen Gebiete des heutigen Rheinland-Pfalz. Die dort lebenden Kelten – Treverer und Mediomatriker – gehörten fortan für fünf Jahrhunderte zum Römischen Imperium.

Die Römer bescherten den germanischen Provinzen unter anderem die Errichtung zahlreicher Militärlager, einen intensiven Straßenbau und die Etablierung des römischen Verwaltungssystems. Dabei wurde Augusta Treverorum, das heutige **Trier**, etwa 16 v. Chr. als neuer Hauptort des Treverer-Stammes gegründet und später zur Hauptstadt der Provinz Gallia Belgica erhoben.

Nur einige Jahre nach der Gründung Triers entstand das Garnisionslager Mogontiacum – benannt nach dem keltischen Gott Mogon – als eines der festen Standlager, die Kaiser Augustus entlang der Grenze des Römischen Reichs errichten ließ. Die Siedlung, die sich um dieses Lager entwickelte, wuchs rasch. Mogontiacum – das heutige **Mainz** – war schon vor dem Jahr 89 Hauptstadt der Provinz Germania Superior.

Noch vieles mehr ist den Römern zu verdanken, was noch lange ihre Zeit überdauerte – wie das heutige Weltkulturerbe der Menschheit, der **obergermanisch-rätische Limes**. Die zunächst als Schneise durch die Wälder von Westerwald und Taunus angelegte Verteidigungslinie entwickelte sich im 2. Jahrhundert zur mit Steintürmen, Palisadenreihen und Gräben gesicherten Grenzbefestigung.

In der Spätantike erlebten die Westprovinzen des Römischen Reichs immer wieder verheerende Einfälle der **Germanen**. Die Römer bauten die Rheingrenze, die nun den Limes ersetzen sollte, als neue, durchgehende Befestigungslinie aus. Nach dem Ende der Konstantinischen Dynastie und der – zunächst verwaltungstechnischen – Teilung des Römischen Reichs in ein Ost- und Westreich wurde Valentinian Herrscher im Westen des Imperiums und regierte sein Reich vornehmlich von Trier aus. Nach der endgültigen Teilung des Imperiums und immerwährender Angriffe der germanischen Stämme wurde die gallische Präfektur von Trier nach Arles verlegt, wenig später wurden zum Schutze Italiens fast alle Grenztruppen aus den Provinzen nördlich der Alpen abgezogen.



Der lebensgroße Kopf einer Göttin (1./2. Jh. n. Chr.) wurde in einem römischen Heiligtum in der Nähe von Mainz entdeckt. Vermutlich stellt die Bronze-Figur die keltische Göttin Rosmerta dar, die häufig gemeinsam mit einem keltischen Gott verehrt wurde, der dem römischen Gott Merkur entsprach.

Der Limeswachturm WP 2-1 (Bild links) ist der älteste rekonstruierte Limesturm. Er wurde 1874 nach dem damaligen Kenntnisstand von Emser Bürgern auf den Originalgrundmauern aufgebaut.

Das **Ende der Römer am Rhein** war gekommen. In der Neujahrsnacht 406/407 überquerten Vandalen, Alanen und Sweben bei Mainz den Rhein, zerstörten die Grenzbefestigungen zwischen Bingen und Selz und drangen weit nach Gallien vor. Worms wurde erobert, Mainz zerstört und Speyer von den Germanen eingenommen.

Auch wenn es den Römern noch einmal gelang, die Germanen zurückzudrängen: Nun bedrängten immer wieder Angreifer die schwächelnde römische Herrschaft in den linksrheinischen Gebieten. Die ehemalige Kaiserresidenz Trier wurde allein zwischen 410 und 435 viermal von fränkischen Heerscharen erobert. Am Ende herrschte Rom nur noch über kleine Inseln im rauen Meer sich ausbreitender Barbaren. Zu Beginn des 6. Jahrhunderts gehörten auch diese Gebiete zum Frankenreich des **Merowingerkönigs Chlodwig**.

Herrschaft der Franken

Mit dem Aufstieg der **Karolinger** Mitte des 8. Jahrhunderts rückte auch das Land an Mosel und Rhein wieder stärker in die Mitte des politischen Interesses. **Karl der Große** ist häufig in Worms und in der neu errichteten Pfalz in Ingelheim, in Mainz finden Heeresversammlungen statt. 870 wurde das Königreich Lothringen zwischen dem Ost- und dem Westfrankenreich aufgeteilt. Trier fiel nun auch an das Ostfränkische Reich. Die Regionen des heutigen Rheinland-Pfalz gehörten seither gemeinsam zu einem politischen Verband, der sich seit dem 10./11. Jahrhundert zunehmend als Deutsches Reich verstand.

Salier und Staufer

Die **Salier** machten die Bezeichnung „Romanum Imperium“ zum amtlichen Titel ihres Reiches. Die höfischen und kirchlichen Zentren Mainz, Worms und Speyer bauten unter den Saliern ihre dominierende Stellung noch aus – nicht zuletzt weil hier die Heimat der Salier lag. In die Zeit der Salier fällt nicht nur der Bau des **Speyerer Doms** und die letzte „ordnungsgemäße“ Königskronung in Mainz im Jahr 1024, sondern auch die Zeit der Kreuzzüge und die damit einhergehenden **Judenpogrome** 1095. Viele Menschen fielen den marodierenden Kreuzfahrern und deren Sympathisanten zum Opfer.

Nach dem Jahrhundert der Salier bestimmten die **Staufer** bis Mitte des 13. Jahrhunderts die Geschehnisse des Heiligen Römischen Rei-



Grabkrone des Salierkaisers und Gründers des Speyerer Doms, Konrad II. (um 990–1039). Konrad folgte auf den kinderlosen Ottonen Heinrich II. und begründete das Herrscherhaus der Salier.

ches. Den Regionen am Rhein kam dabei wieder eine wesentliche Rolle zu. Otto von Freising, offizieller Biograf Friedrich I. Barbarossas und einer der bedeutendsten Geschichtsschreiber des Mittelalters, verweist auf die Bedeutung des rheinischen Raums von Basel bis Mainz. Hier liege „die größte Kraft“ des Reiches.

Die Zeit der Kurfürsten

Das spätmittelalterliche Heilige Römische Reich war keine zentral gelenkte Monarchie wie seine Nachbarstaaten Frankreich oder England. Unter dem Dach des König- bzw. Kaisertums herrschten die Fürsten selbstständig in ihren Gebieten. Bedeutende Machtfaktoren waren dabei die **Kurfürstentümer Mainz** und **Trier** sowie die **Kurpfalz**. Schon seit Mitte des 10. Jahrhunderts war das Amt des Mainzer Erzbischofs mit dem **Erzkanzleramt** für Germanien verbunden und damit die wichtigste Position im Heiligen Römischen Reich nach dem Kaiser. Die Macht der Kurfürsten unterband die Herausbildung einer rein erbrechtlichen Monarchie: Das Kolleg der sieben (später neun) Kurfürsten hatte ab dem 13. Jahrhundert das alleinige Privileg der **Königswahl**. Mit dem Erzbischof von Mainz und Trier sowie dem Pfalzgraf bei Rhein, dessen Kurpfalz zwischen Mosel und Kraichgau lag, hatte der Südwesten des Reiches entscheidenden Einfluss auf die politischen Weichenstellungen.

Der **Wormser Reichstag von 1495** markiert die Zeitenwende zur Neuzeit und eröffnet einen neuen Abschnitt in der politischen Entwicklung des Reiches.

Das Jahrhundert der Reformation

Das 16. Jahrhundert ist auch in den Regionen des heutigen Rheinland-Pfalz das Jahrhundert der Reformation. **Martin Luther** verteidigte seine Lehren 1521 vor dem Wormser Reichstag, wofür ihn Kaiser Karl V. mit Acht und Bann überzog. Die Ausbreitung der Lehren Luthers war aber nicht zu stoppen. Im Gegenteil: Die reformatorische Bewegung gewann immer stärker an Bedeutung. Der neue Glaube wurde in immer neuen Territorien eingeführt: in der Pfalz-Zweibrücken, in der Grafschaft Falkenstein und der Grafschaft Leiningen. Besonders folgenschwer war die Reformation in der Kurpfalz, die zum Zentrum der Calvinisten im Reich aufstieg.



Das Turnier zu Worms zum Reichstag 1495. Aquatintaradierung von Wilhelm Nilson nach einer Zeichnung von Martin Disteli (um 1827).

Das Mittelalter ging am 7. August 1495 zu Ende. Der römisch-deutsche König Maximilian I. verkündete auf dem **Reichstag zu Worms** den „Ewigen Landfrieden“. Ritter, die weiterhin Fehde führten, wurden zu Raubrittern erklärt und bekämpft. Auch wenn es noch etliche Jahrzehnte dauern sollte, bis die Fehden tatsächlich aus dem Alltag verschwanden, so wurde mit dem neuen Gerichtshof die Institution eines obersten Gerichts geschaffen, das als zentrales Verfassungsorgan auch über das Heilige Römische Reich hinaus Bestand haben sollte. Von nun an trat an die Stelle des Rechts des Stärkeren das Gewaltmonopol des Staates und die Durchsetzung des Rechts auf dem Rechtsweg.



*Sitzung der Mainzer Jakobiner im
Kurfürstlichen Schloss.*

Die „Gesellschaft der Freunde der Freiheit und Gleichheit“, kurz **Jakobinerklub**, – die erste demokratische Bewegung Deutschlands – gründete sich am 23. Oktober 1792 im Akademie-saal des Kurfürstlichen Schlosses in Mainz und fand bald zahlreiche Anhänger. Zu den Begründern gehörten Intellektuelle und Beamte wie der Naturforscher **Georg Forster** oder die Professoren **Mathias Metternich** und **Georg Wedekind**.

Die Mainzer Republik

Wir überspringen den Dreißigjährigen Krieg und einiges mehr, um einen Blick auf die Demokratie-Geschichte zu werfen. Denn die erste Demokratie auf deutschem Boden wurde auf dem linksrheinischen Gebiet von Kurmainz errichtet. Mainz als Zentrum der revolutionären Bewegung gab der kurzlebigen Republik seinen Namen.

Ermöglicht wurde diese Manifestation republikanischen Freiheitsstrebens durch die revolutionären französischen Truppen, die unter General de Custine – fast kampfflos – am 21. Oktober 1792 Mainz besetzten. Schon zwei Tage danach wurde der **Mainzer Jakobinerklub** gegründet. Auch auf dem Land verbreiteten sich die revolutionären Ideen, in den beiden Reichsstädten Worms und Speyer entstanden „Tochtergesellschaften“ des Klubs. Reden wurden gehalten und Freiheitsbäume gepflanzt. Die revolutionäre französische Staatsordnung sollte auch in den besetzten Gebieten gelten – doch besonders in den Städten stieß dieser Gedanke auf zähen Widerstand bei den Zünften, der Handelsbourgeoisie und dem Klerus.

Mit Beginn des Jahres 1793 drängten der Pariser Nationalkonvent und die Jakobiner auf Umsturz und die zwangsweise Einführung der Demokratie. Die Wahl zum **Rheinisch-Deutschen Nationalkonvent** fand so unter restriktiven Vorzeichen statt: Wer wählen wollte, musste einen Eid auf die Revolution leisten. Nur 8 Prozent der Mainzer Männer ging daraufhin zur Wahl. Am Ende entsandten nur 125 der rund 700 rheinhessischen und pfälzischen Gemeinden Abgeordnete. Dennoch war der Konvent, so sieht es auch die Forschung, das erste, nach allgemeinem Wahlrecht gewählte Parlament in Deutschland, das einen auf demokratischen Prinzipien beruhenden Staat gründete.

Der Rheinisch-Deutsche Nationalkonvent wurde am 17. März 1793 im Mainzer Deutschhaus eröffnet. Bereits am nächsten Tag rief er die Republik aus und erklärte sich unabhängig vom Heiligen Römischen Reich. Eine Vereinigung mit dem Pariser Konvent sollte die **Mainzer Republik** stützen. Doch bevor es dazu kommen konnte, stand die Stadt unter dem Bombardement der preußisch-österreichischen Truppen, das von **Johann Wolfgang Goethe** in der „Belagerung von Mainz“ so detailreich beschrieben wurde. Das Ende des ersten demokratischen Experiments auf deutschem Boden kam mit der Kapitulation der Stadt am 23. Juli 1793.

Das Hambacher Fest und die Revolution von 1848/49

Doch die französische Herrschaft kam zunächst zurück. Unter **Napoleon** wurden der Rhein zur französischen Ostgrenze und die linksrheinischen Gebiete zum französischen Staatsgebiet. Bleibende Wirkung erzielte die Franzosenzeit insbesondere im Rechtssystem durch die Einführung des öffentlichen und mündlichen Anklageprozesses, des Schwurgerichts und des „**Code civil**“. Das Ende der Herrschaft Napoleons bedeutete auch das Ende der französischen Herrschaft am linken Rheinufer. Der **Wiener Kongress** 1814/15 sortierte die Zugehörigkeit der Regionen neu: Die Pfalz ging an Bayern, Preußen übernahm den linksrheinischen Rhein-Mosel-Saar-Raum. Mainz, der Kreis Alzey (ohne Kirchheimbolanden) und die Kantone Worms und Pfeddersheim fielen an Hessen und wurden zu Rheinhessen. Das Herzogtum Nassau konnte sein Territorium weitgehend behaupten.

Auch wenn die Mainzer Republik scheiterte – der Freiheitsgedanke war gesät und sollte sich immer weiter verbreiten. Mit der **Julirevolution 1830** in Frankreich bekam der revolutionäre Freiheitsdrang in weiten Teilen Europas neuen Auftrieb. In Deutschland folgten am 27. Mai 1832 unglaubliche 30.000 Menschen – darunter viele Frauen – dem Aufruf der Publizisten **Jakob Siebenpfeiffer** und **Johann Wirth** zur ersten Massenkundgebung für ein freies und geeintes



Dr. habil.
Sabine Hornung
Johannes Gutenberg-
Universität Mainz



„Rheinland-Pfalz ist reich an Geschichte. Schon in keltischer Zeit war das Land eines der wichtigsten kulturellen Zentren in Europa. Es war Schauplatz der Weltgeschichte – von Cäsars Gallischem Krieg über die Zeit Karls des Großen bis in die jüngste Vergangenheit. Meine Aufgabe als Archäologin ist es, diese Geschichte zu erforschen. Sie ist Teil unserer Kultur. Sie sagt uns, wer wir sind und wohin wir gehen.“



„Zug auf das Hambacher Schloss am 27. Mai 1832“, Federlithografie, koloriert.

Deutschland. Auf dem **Hambacher Fest** trafen sich auch Burschenschaften und französische Demokraten, um patriotische Reden zu hören und ihren Freiheitswillen zu demonstrieren. Die Forderung nach einem geeinten und freien Deutschland als föderative Republik wurde gestellt. Der Deutsche Bund reagierte mit Verhaftungen und der Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit. Doch aus der Welt zu schaffen waren diese Ideen nun nicht mehr.

Wirtschaftliche Krisen, Arbeitslosigkeit und durch Missernten ausgelöste Hungersnöte verstärkten die Not der Menschen. Zahlreiche Familien aus Rhein Hessen, der Pfalz und der Rheinprovinz schlossen sich der deutschlandweiten **Massenauswanderung** nach Amerika an. Die beginnende industrielle Revolution verschärfte die sozialen Spannungen. Der Trierer **Karl Marx** veröffentlichte im Revolutionsjahr 1848 das „Kommunistische Manifest“.



Das Gemälde von Johann Velten „Gefängnißscene“ porträtiert in Trier inhaftierte Revolutionäre von 1848.

Als in Paris Ende Februar **1848** König Louis-Philippe gestürzt und die Republik ausgerufen wurde, sprang der Funke auch auf den Südwesten des Deutschen Bundes über. Überall schlossen sich Bürgerkomitees und Volksversammlungen den Forderungen nach Meinungs-, Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit und einem deutschen Parlament an. Sie brachten ihre Vorstellungen in die Debatten um eine gesamtdeutsche Verfassung ein, die in der im Mai einberufenen **Frankfurter Nationalversammlung** geführt wurden.

Doch die Konterrevolution erstarkte. Im April 1849 lehnte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. die ihm angetragene Kaiserwürde ab und auch die bayrische Regierung sprach sich gegen die **Paulskirchenverfassung** aus. Das Frankfurter Parlament war gescheitert. Das verbliebene „Rumpfparlament“ wollte die Annahme der Reichsverfassung erzwingen. Die Pfalz erhob sich. Doch der revolutionäre Aufstand wurde im Juni von preußischen Truppen beendet. Die gerade erreichten Freiheiten und Rechte wurden wieder einkassiert.

Kaiserreich und Weimarer Republik

Der Krieg von 1870/71 zwischen Frankreich und dem Norddeutschen Bund und dessen Verbündeten markierte den letzten Schritt zur deutschen Einigung. Mit dem Sieg über Frankreich und die in dessen Gefolge vollzogene deutsche Einigung wird der preußischen König Wilhelm I. zum deutschen Kaiser ausgerufen. – Das **Deutsche Reich** war begründet.

Für Rheinhessen und die Rheinprovinzen bedeutete dies zunächst eine Zunahme der politischen Selbstbestimmung – auch wenn sich der politische Fokus nun auf den Nationalstaat verschob. Sie erhielten nun, wie schon zuvor die Pfalz, ein eigenes Landesparlament.

Die nationale Einigung brachte auch den wirtschaftlichen Aufstieg in die Regionen: Nassau wurde zum wichtigsten deutschen Erzrevier, die Edelsteinschleifereien und die Schmuckindustrie im Fürstentum Birkenfeld blühten, Mainz konnte seine Festungsanlagen teilweise öffnen und expandierte mit dem Bau seiner Neustadt. Unterstützt durch die verkehrsgünstige Lage im Rhein-Main-Gebiet wuchs die Industrie. Rheinhessen und die benachbarten Gebiete wurden von einer Gründerwelle erfasst. In der Pfalz begann mit der Gründung der BASF in Ludwigshafen der Aufstieg der Chemieindustrie.

Doch die Zeit des frühen Deutschen Reichs ist auch die Zeit des **Kulturkampfes** zwischen dem Kaisertum und der Katholischen Kirche, unter welchem die katholische Bevölkerung zu leiden hatte. Neben den Katholiken war es die organisierte **Arbeiterschaft** – und hier insbesondere die SPD – die den Argwohn und die besondere Aufmerksamkeit der Reichregierung auf sich zog.

Das Grauen des **Ersten Weltkriegs** erschütterte auch die Regionen des heutigen Rheinland-Pfalz. Zahllose Verletzte mussten versorgt, die Ernährung der Bevölkerung und der Truppen gesichert, Kriegressourcen von der Industrie bereitgestellt werden. Es wurde gehungert, gelitten und gestorben. Das Kriegsende brachte den völligen Zusammenbruch des Kaiserreichs. In der Pfalz übernahmen die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht, in Mainz wurde die Republik ausgerufen.

Den abziehenden deutschen Soldaten folgten die siegreichen Truppen der Entente. Die meisten Gebiete des heutigen Rheinland-Pfalz kamen unter französische Besatzung. Die neue **Weimarer Republik** verwirklichte zwar den lang gehegten Traum einer demokratischen Verfassung. Doch angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen und verworrenen politischen Lage wurde dem neuen Staat eher skeptisch begegnet.

1930 endete die Besatzungszeit mit dem Rückzug der französischen Soldaten. Doch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme blieben und steigerten sich noch bis zur völligen Katastrophe: Der Zusammenbruch ganzer Wirtschaftszweige, **Massenarbeitslosigkeit** und grassierende Inflation infolge der **Weltwirtschaftskrise** von 1929 bereiteten den Boden für die weitere politische Radikalisierung.



Am 30. Juni 1930 – rund fünf Jahre früher als ursprünglich geplant – zogen die letzten französischen Soldaten ab. Und zum letzten Mal nahm der Oberkommandierende General Guillaumat kurz vor der Abfahrt die Truppen-Parade vor dem Hauptbahnhof in Mainz ab (siehe Foto). Überall im Land fanden Jubelfeiern statt. Reichspräsident Hindenburg reiste anschließend durchs Land. Zu seinen Ehren und anlässlich der sogenannten „Rheinlandbefreiung“ fand in Koblenz ein Festbankett mit Empfängen und Feuerwerk statt. Doch die Freude hatte auch ihre Schattenseite: In nicht wenigen Städten und Gemeinden schlug die Begeisterung der Bevölkerung in massive Gewalttaten gegen ehemalige Separatisten um.

Die Zeit des Nationalsozialismus

Am 30. Januar 1933 übernahmen die Nationalsozialisten die Macht. Auch auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz hatte die NSDAP bei den Reichstagswahlen teils überdurchschnittliche Stimmanteile erzielt. Und schon im Sommer 1934 hatten sie das gesamte Gebiet unter Kontrolle, die Partei war im ganzen Land etabliert, die Behörden gleichgeschaltet. Gewerkschaften, Vereine, Verbände und Parteien wurden aufgelöst, einverleibt oder verboten. Kritische Zeitungen wurden verboten.

Im **Konzentrationslager Osthofen** bei Worms wurden politisch Andersdenkende inhaftiert und gequält. 1940 wurde das **SS-Sonderlager** bei Trier zum **KZ Hinzert** umgewandelt. Es diente insbesondere für luxemburgische, belgische, französische und niederländische Häftlinge als „Durchgangslager“ auf ihrem Leidensweg nach Buchenwald, Natzweiler oder Dachau.

Die **Gestapo** unterhielt eine Außenstelle in **Mainz** und ein Gefängnis. In Ludwigshafen, Neustadt, Trier und Koblenz betrieb die Gestapo Außen- oder Dienststellen. Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, Kommunisten und Sozialdemokraten und viele andere, die nicht der Nazi-Ideologie entsprachen oder ihr folgen wollten, wurden von hier aus systematisch überwacht und drangsaliert. Sie wurden eingesperrt, gequält und deportiert. – Ermöglicht und geduldet durch eine gleichgeschaltete Justiz, die mit der Gestapo meist Hand in Hand arbeitete.

Am grausamsten und systematischsten verfolgten die Nazis die jüdische Bevölkerung. Zunächst mit diskriminierenden Gesetzen und Boykottaufrufen, mit Pogromen, der Zerstörung jüdischer Geschäfte und Synagogen, mit Misshandlungen und Festnahmen bis zur sys-

Im Dalberger Hof in Mainz befand sich das Polizeigefängnis. Hier wurden auch politische Gefangene, Sinti und Roma sowie Juden und Zwangsarbeiter inhaftiert. Viele von ihnen wurden von hier aus in die Konzentrationslager Buchenwald, Ravensbrück, Dauchau und Auschwitz oder in das SS-Sonderlager Hinzert geschickt.



tematischen Deportation in die Konzentrations- und Vernichtungslager. Öffentliche Demütigungen, Misshandlungen und Deportationen von Juden und Andersdenkenden wurden auch hier von der Bevölkerung meist gleichgültig zur Kenntnis genommen. Wem es nicht egal war, den hielt zumeist der Terror in Schach.

Gleichzeitig wurde der nächste Krieg vorbereitet: Mit gewaltigen Bauprogrammen zur Errichtung eines Grenzverteidigungssystems, des sogenannten „Westwalls“, und der **Hunsrückhöhenstraße**. Am 1. September 1939 begann der **Zweite Weltkrieg**. Die Pfalz, Rheinhessen und das Rheinland wurden zunächst Aufmarsch-, dann Kriegsgebiet.

Mit Beginn des Krieges wurden auch auf dem gesamten Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz Lager eingerichtet – für Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene wie in Trier-Petrisberg, Umerziehungslager wie in Bacharach und Ruwer oder das Frauenstraflager Flussbach.

Die anfänglichen Kriegserfolge der deutschen Wehrmacht hielten nicht lange. 1940 begannen die alliierten **Luftangriffe**, die insbesondere in den letzten Kriegsjahren viele Städte und Gemeinden, darunter Mainz, Ludwigshafen, Bitburg, Koblenz und Zweibrücken, teils bis zur Unkenntlichkeit zerstörten.

Der immer größer werdende Bedarf an Nachschub von Soldaten an die Front entvölkerte ganze Landstriche von der männlichen Bevölkerung. **Zwangsarbeiter** und Kriegsgefangene mussten ihren Part in Landwirtschaft und Industrie übernehmen. Ende 1944 waren auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz insgesamt mehr als 130.000 Ausländerinnen und Ausländer zur Zwangsarbeit verpflichtet.

Am 6. Juni 1944 landeten die **Alliierten** in der Normandie. Die alliierten Luftangriffe zur Abwehr des letzten Aufgebots des Nazi-Regimes in der „Ardennenoffensive“ im Dezember 1944 richteten kurz vor Kriegsende die schlimmsten Zerstörungen an. Nun kam der Krieg in die Region: Die Alliierten eroberten Trier, Koblenz und besetzten die Pfalz.

Anfang April 1945 war das künftige Rheinland-Pfalz vollständig besetzt. Hier war der Krieg zu Ende. Zerstört waren nicht nur die Infrastruktur, landwirtschaftliche Gebäude, die Industriezentren und die Städte. Tausende Menschen waren getötet worden, viele wurden vertrieben und heimatlos. Zerstört war auch eine ganze Kultur. Nach dem **Holocaust** lebten nur noch wenige Menschen jüdischen Glaubens in Rheinland-Pfalz.



Bitburg wurde bei den alliierten Luftangriffen am Heiligabend 1944 fast vollständig zerstört. Die Stadt wurde zur „toten Stadt“ erklärt. – Beim Eintreffen der Alliierten im Februar 1945 lebten noch 74 Menschen in den Ruinen der Stadt.



Außenansicht des KZ Osthofen, Aufnahme vom April 1933.

Wenn Wände wie Schwämme wären und Gefühle aufsaugen und wieder abgeben würden, dann könnte man es hier nicht aushalten. Weil man empfinden würde, wie sich Menschen hier gefühlt haben: zitterig vor Feuchtigkeit und Kälte, schwindelig vor Hunger und Durst, der Körper schmerzt von den Schlägen – und die Angst ist ständiger Begleiter, die Angst, etwas „Falsches“ zu sagen oder zu tun, „falsch“ zu schauen, „falsch“ zu sein. Die Überwachung durch die KZ-Wärter ist allgegenwärtig – es drohen Verletzungen und Demütigung. Und die Zukunft ist ungewiss.

Den Begriff Konzentrationslager haben die Nazis nicht erfunden, aber sie haben die Tradition, politische Gegner in Lager zu sperren, früh aufgegriffen: Bereits kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP), im Mai 1933, wird in einer ehemaligen Papierfabrik im damals hessischen Osthofen ein Konzentrationslager eingerichtet. In diesem „frühen“ Konzentrationslager wurde die sog. „Polizeiliche Schutzhaft“ für den „Volksstaat Hessen“ vollzogen. Eingesperrt wurden im KZ Osthofen politische „Gegner“ und Menschen, die als solche angesehen werden: Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, aber auch Angehörige

der Zentrumspartei, Juden, Sinti, Zeugen Jehovas und Separatisten.

Sie müssen in der großen Fabrikhalle mit wenig Stroh auf kaltem, feuchtem Betonboden, später auf einfachen Holzpritschen schlafen, bekommen kaum etwas zu essen. Viele der ehemaligen Häftlinge leiden aufgrund dieser menschenunwürdigen Zustände ein Leben lang unter gesundheitlichen Problemen. Personalbogen von damals, ausgefüllt von dem zuständigen Lager-Arzt, belegen die Gewichtsverluste durch Hunger und Strapazen, bescheinigen den Häftlingen aber stets Gesundheit, Haft- oder natürlich Arbeitsfähigkeit.

Die Schriftstellerin Anna Seghers beschreibt die Folgen für die Inhaftierten in ihrem Roman „Das





Die Aufschrift „Konzentrationslager Osthofen“ war von der wenige Meter entfernten verlaufenden Eisenbahnlinie Mainz-Worms deutlich zu sehen.

siebte Kreuz“: „Im ersten Augenblick glaubte Elli, man hätte einen Falschen hereingebracht. ... Sie starrte den fremden Mann an zwischen den beiden SA-Posten. Georg war ja hochgewachsen, der da war fast so klein wie ihr Vater, mit eingeknickten Knien.“

Bis zum Sommer 1934, als das KZ aufgelöst wurde, sind insgesamt rund 3.000 Menschen in Osthofen eingesperrt, manche von ihnen verbringen hier nur einige Wochen, andere werden später in andere Lager verlegt. Einige überleben das Ende der NS-Herrschaft nicht. Vieles davon geschieht mit Wissen der Anwohner. Wer es nicht persönlich erlebt, dass Angehörige oder ein Nachbar verhaftet werden, kann es in der Zeitung lesen. „Aus Grün-

den der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, wurden vor einigen Tagen aus Worms und Umgebung ca. 70 Marxisten und Kommunisten unter starker Bedeckung durch Polizei und Hilfspolizei nach hier transportiert“, heißt es in der „Niersteiner Rheinwarte“ am 5. April. Und in der „Ingelheimer Zeitung“ steht am 29. November 1933: „Gestern lieferte die Ersatzpolizei Gießen 11 Personen in das Konzentrationslager Osthofen ein. Darunter waren zwei Männer, die auf einer Reise geäußert hatten, sie wollten nach Russland gehen, wo weit bessere Arbeitsverhältnisse seien“.

In Osthofen wird kein Häftling ermordet, aber hier begann die Schreckensherrschaft der Nazis. Deshalb hat die Landeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit dem Förderverein Projekt Osthofen e. V. im Gebäude des ehemaligen KZ ein [NS-Dokumentationszentrum](#) eingerichtet. Besucher können sich Gelände und Appellplatz anschauen und sich in der Dauerausstellung „Nationalsozialismus in Rheinland-Pfalz“ anhand zahlreicher Dokumenten über Verfolgung und Widerstand informieren.

Das Leiden der Häftlinge, ihre Qualen und Ängste kann man hier nicht mehr sehen und hören, nur ihrer erinnern. Und man kann begreifen, wie schnell und umfassend die Demokratie zerstört werden kann. Und was daraus folgt.



Unter den etwa 1.800 „Schutzhäftlingen“ des Konzentrationslagers Osthofen, deren Namen heute bekannt sind, befanden sich 130 Juden. Viele von ihnen waren zunächst wegen politischer, gegen das NS-Regime gerichteter Aktivitäten verhaftet worden. Sie wurden besonders schlecht behandelt, häufiger gedemütigt, geschlagen und misshandelt.

Das Foto stammt aus dem Jahr 1933 und zeigt eine Gruppe von Häftlingen vor der Hausmeisterwohnung zusammen mit der Familie des Hausmeisters, links im Bild.

Das Land Rheinland-Pfalz



Die Verordnung Nr. 57 zur Gründung des Landes Rheinland-Pfalz. Zu dieser Verordnung erklärte General Marie Pierre Koenig, Oberbefehlshaber der französischen Militärregierung in Deutschland: „... von dem Willen be-seelt, der rheinischen und pfälzischen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, ihre Freiheiten und ihr wirtschaftliches Leben harmonisch zu entwickeln, habe ich insbesondere die Schaffung eines Landes beschlossen, dessen Hauptstadt Mainz sein und das die gegenwärtig zu den Oberpräsidien Hessen-Pfalz und Rheinland-Hessen- Nassau gehörenden Regierungsbezirke umfassen wird.“

Tod, Hunger und Zerstörung bestimmten die ersten Nachkriegsjahre. Doch die Unterstützung durch internationale Hilfsorganisationen sowie die Wirkungen des **Marshallplans** und der Währungsreform Ende der 1940er Jahre führten zur langsamen Verbesserung der Situation. Im Juli 1945 hatten die Franzosen die zunächst amerikanisch besetzten Gebiete westlich des Rheins übernommen. Die Zonengrenze verlief nun entlang des Rheins, womit Mainz seine rechtsrheinischen Stadtteile und damit mehr als die Hälfte seines Stadtgebiets und einen Großteil seiner Industrie verlor.

Am 30. August 1946 verfügte der Oberbefehlshaber der französischen Zone, General Marie Pierre Koenig, die **Gründung eines rhein-pfälzischen Landes**, dessen Hauptstadt Mainz sein solle. Das neue Land setzt sich zusammen aus Teilen der ehemaligen preußischen Rheinprovinz, aus dem ehemals hessischen Rheinhessen, aus Teilen von Nassau und der ehemals bayrischen Pfalz ohne den Saarpfalz-Kreis.

Eine verfassungsberatende Versammlung aus Vertretern der zuvor gewählten Gemeinderäte und Kreisversammlungen wurde gebildet. Die von ihr vorgeschlagene **Landesverfassung** wurde bei der **Volksabstimmung** am 18. Mai 1947 mit einer knappen Mehrheit von 53 Prozent angenommen. Insbesondere die Rheinhessen und Pfälzer zeigten sich skeptisch, während die neue Verfassung im katholisch geprägten Norden und im Trierer Land auf breite Zustimmung stieß.

Demokratischer Neubeginn

Gleichzeitig mit der Volksabstimmung zur Landesverfassung wurde auch das erste rheinland-pfälzische **Parlament** gewählt. Wilhelm Boden, CDU, schon zuvor von der französischen Militärregierung als Regierungschef eingesetzt, wurde der erste Ministerpräsident des Landes. Schon einen Monat später, nach dem vergeblichen Versuch einer Regierungsbildung, folgte ihm Peter Altmeier, der das Land in den folgenden 22 Jahren führen sollte.

In den nächsten Jahren ging es nicht nur darum, den Pfälzern, Rheinhessen, Rheinländern, den Westerwäldern, Hunsrückern, Moselanern und Eifelern Rheinland-Pfalz zur Heimat werden zu lassen. Am dringlichsten war zunächst, die Nahrungsmittel- und Versor-

gungskrise zu lösen, die Wirtschaft wieder aufzubauen und weiterzuentwickeln und Wohnraum für die vielen Rückkehrer, Flüchtlinge und die durch die Luftangriffe obdachlos gewordene Bevölkerung zu schaffen – eine Herkulesaufgabe.

Flugzeugträger der Nato

Mittlerweile war aus dem Kriegsverbündeten der Alliierten, der Sowjetunion, der potenziell nächste Kriegsgegner geworden. Der Kalte Krieg zementierte die feindlichen Blöcke und ließ Deutschland zum potenziellen Austragungsort der nächsten kriegerischen, vermutlich atomaren Auseinandersetzung werden. Nach dem Nato-Beitritt Deutschlands 1955 kam Rheinland-Pfalz dabei die Rolle des Waffendepots und „Flugzeugträgers der Nato“ zu. Insbesondere in der Pfalz, im Hunsrück und der Eifel wurden umfangreiche Truppenteile der US Army und US Air Force stationiert, Militärflughäfen ausgebaut und Munitionsdepots errichtet. Hier lagerten Chemie- und Atomwaffen, Giftgas und Cruise Missiles.



In Ramstein – dem größten US-Militärflugplatz außerhalb der Staaten – sitzt auch heute noch die Europa-Kommandozentrale der US Air Force.

Zeit der Reformen

1969 übernahm Helmut Kohl, CDU, die Regierungsverantwortung von Peter Altmeier. In seine Regierungszeit fällt die bereits 1965 eingeleitete umfangreiche, Rheinland-Pfalz prägende **Gebiets- und Verwaltungsreform**. Kultusminister Bernhard Vogel schaffte mit der schon unter Altmeier begonnenen **Bildungsreform** die konfessionelle Bindung von Schulen und Lehrerausbildung ab, führte die Grund- und Hauptschulen ein und ließ die gymnasiale Oberstufe reformieren.



Der Hunsrücker Ostermarsch 1988. Schon seit den 1960er Jahren demonstrierte die Friedensbewegung jedes Jahr bei ihrem Ostermarsch für das Ende der atomaren Bewaffnung, gegen Krieg und Militarismus. Zigtausende Menschen unterstützten auch in Rheinland-Pfalz in den 1980er Jahren den Kampf gegen den Nato-Doppelbeschluss und die damit verbundene Aufstellung neuer, mit Atomsprenkköpfen bestückter Raketen und Marschflugkörper. Im Oktober 1986 demonstrierten 200.000 Menschen friedlich gegen die Stationierung von 96 atomaren Cruise Missiles auf der Nato-Raketenstation „Pydna“ in der Nähe von Kastellaun. Es war die größte Demonstration, die der Hunsrück je gesehen hatte.

Fast 700 **militärische Liegenschaften** mit 14.000 Hektar in den Garnisonsstädten am Rhein und in der Vorderpfalz, in der Westpfalz, der Eifel und im Hunsrück wurden seit der Wiedervereinigung von der Bundeswehr und den alliierten Streitkräften freigegeben – eine unglaublich große Aufgabe für das Land und die Politik. Und eine riesige Chance.

Bernhard Vogel wurde 1976 Nachfolger Kohls als Ministerpräsident. Die 1980er Jahre sind geprägt durch die Auswirkungen der Ölkrise und eines grundlegenden **Strukturwandels**, der auch Rheinland-Pfalz nicht unverändert lässt. Ganze Industriebranchen verschwanden. Und die Arbeitslosenzahlen stiegen: von 3,8 Prozent 1980 auf 8,6 Prozent 1985.

Grundlegend veränderte sich auch die **Medienlandschaft**. Am 1. Januar 1984 strahlte die Anstalt für Kabelkommunikation in Ludwigshafen das erste Rundfunkprogramm aus, an dem auch private Anbieter beteiligt waren.

Auch in der Gesellschaft begann ein Wandel. Die Friedensbewegung, in Rheinland-Pfalz mit reichlich Anschauungsmaterial versehen, die Antiatomkraft-, Umweltschutz- und Frauenbewegung erstarkten. 1983 trat die mit den **Neuen Sozialen Bewegungen** eng verbundene Partei Die Grünen zum ersten Mal zur Landtagswahl an und verpasst nur knapp den Einzug ins Landesparlament.

Deutschland wird wiedervereinigt

1991 verlor die CDU zum ersten Mal die Landtagswahl. Zum Ministerpräsidenten des Landes wurde der Sozialdemokrat Rudolf Scharping gewählt. 1994 übernahm Kurt Beck die Führung – und behielt sie 19 Jahre lang. Die SPD stellte noch zwei weitere Legislaturperioden gemeinsam mit der FDP die Regierung, bis sie 2006 die absolute Mehrheit erzielte. Seit 2011 regiert sie gemeinsam mit den Grünen das Land, seit 2013 mit Ministerpräsidentin Malu Dreyer an der Spitze. 2016 wurde die Koalition um die FDP erweitert.

Die 1990er Jahre sind geprägt durch die Wiedervereinigung Deutschlands. Das Ende des Kalten Kriegs, der Fall der Mauer und die Auflösung der Sowjetunion veränderten die weltpolitische Lage und die militärischen Erfordernisse. Kein Bundesland ist davon so stark betroffen wie Rheinland-Pfalz. Besonders im Hunsrück und der Westpfalz, im Landkreis Birkenfeld, der Vorderpfalz und der Region Trier-Saarburg waren große Truppenteile der Alliierten und der Bundeswehr stationiert. Seither haben die US-Streitkräfte fast zwei Drittel ihrer militärischen und zivilen Stellen in Rheinland-Pfalz abgebaut, die Bundeswehr mehr als die Hälfte. Die französischen Streitkräfte sind komplett abgezogen: Insgesamt gingen seit 1986 so 34.000 zivile Arbeitsplätze verloren, 83.000 Soldaten wurden abgezogen.

Konversion

Die ehemals **militärisch genutzten Liegenschaften** in Flächen für Gewerbe, Wohnen, Bildung oder Energiegewinnung umzuwandeln und neue, zivile Arbeitsplätze zu schaffen, wurde zu einer der wichtigsten Aufgaben des Landes. Programme wurden entwickelt, Machbarkeitsstudien und Nutzungskonzepte erarbeitet. Mehr als 2 Milliarden Euro sind seit 1992 in die Konversion geflossen.

Für einige Kommunen und Städte war die Freigabe von Liegenschaften ein echter Glücksfall. Die Landeshauptstadt Mainz, die kaum über Flächenreserven, dafür aber über eine stets wachsende Bevölkerung verfügt, konnte zahlreiche neue Flächen für die Wohnnutzung, aber auch für Gewerbeansiedlung gewinnen.

Zwei der ehemals sieben Militärflughäfen in Rheinland-Pfalz, in Hahn und Zweibrücken, wurden – mit unterschiedlichem Erfolg – für die zivile Nutzung freigegeben. Ihre Umwandlung gehörte zu den größten und teuersten Konversionsprojekten.

Das neue Jahrtausend

Die veränderte Weltordnung nach dem Fall der Mauer hatte aber nicht nur aufgrund der militärischen Umstrukturierung gravierende Veränderungen für Rheinland-Pfalz zur Folge. Sie ermöglichte – zusammen mit der technologischen Entwicklung – auch das, was unter dem Stichwort Globalisierung die Tagesordnung bestimmt.

Bei der **Internationalisierung** hat Rheinland-Pfalz schon zu Anfang eine Vorreiterrolle übernommen – der Staatsvertrag mit Luxemburg 1950 war der erste Staatsvertrag, den ein Bundesland mit einem anderen Staat abschloss. Schon 1953 wurden die ersten Kontakte mit der französischen Region Burgund zur Versöhnung und zum Austausch aufgenommen, die 1962 mit einer offiziellen Partnerschaft besiegelt wurden. Mit seinen Nachbarn Frankreich, Luxemburg und Belgien kann das Land auf eine lange Tradition grenzüberschreitender Zusammenarbeit blicken.

Rheinland-Pfalz ist aber nicht nur politisch weltoffen. Auch die Wirtschaft ist international ausgerichtet: Die rheinland-pfälzische Industrie hat die zweithöchste Exportquote aller deutschen Flächenländer. So liegt die Zukunft des Landes vor allen in einer Strategie, die seine Stärken in einer globalisierten Welt zum Tragen bringt.



Morbach-Wenigerath im Hunsrück, das ehemals größte Munitionslager der US Air Force in Europa, ist heute ein Vorzeigeprojekt für erneuerbare Energien: Die Energielandschaft Morbach liefert mit 14 Windkraftanlagen, einer 4,3-MW-Photovoltaikanlage und einer Biogasanlage pro Jahr etwa 45 Millionen Kilowattstunden Strom – mehr als die Gemeinde verbraucht.

Quellen:

Lukas Clemens, Franz J. Felten, Matthias Schmetzger (Hrsg.): Kreuz – Rad – Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte. Band 1. Von den Anfängen der Erdgeschichte bis zum Ende des Alten Reiches. Mainz 2012.

Friedrich P. Kahlenberg, Michael Kifsener (Hrsg.): Kreuz – Rad – Löwe. Rheinland-Pfalz. Ein Land und seine Geschichte. Band 2. Vom ausgehenden 18. bis zum 21. Jahrhundert. Mainz 2012.

<http://regionalgeschichte.net>